Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

DOI:10.17951/sb.2017.11.71
Studia Białorutenistyczne 11/2017 Historia, socjologia, kulturoznawstwo

Piotr Bednarz

Uniwersytet Marii Curie-Skłodowskiej (Polska)
Maria Curie-Skłodowska University (Poland)

e-mail: piotr.bednarz@poczta.umcs.lublin.pl

Die in der Schweizer Presse im zeitlichen Umfeld des Friedens von Brest-Litowsk verbreitete Idee eines Bundeslandes in Osteuropa

Idea of a Federal State in Eastern Europe in the Age of Peace Treaty of Brest-Litovsk in the Swiss Press

Idea państwa federacyjnego we Wschodniej Europie w dobie pokoju brzeskiego w ujęciu prasy szwajcarskiej

Ідэя федэратыўнай дзяржавы ва Усходняй Еўропе ў перыяд заключэння брэсцкага мірнага дагавора і стаўленне да яе ў швейцарскай прэсе

Der am 3. März 1918 unterzeichnete Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde in der Schweizer Presse ein häufig behandeltes Thema, das nicht nur in den Berichten von der Ostfront, sondern überhaupt in den Kriegsberichten zu dominieren begann. Den Deutschen schrieb man zu, dass sie sich als Befreier kleiner Völker aufspielen und dass ihre Haltung vom Ehrgeiz getragen ist, das Antlitz Osteuropas nach dem Krieg entscheidend mitzuprägen. In diesem Kontext erschienen neben den Analysen der Zukunft Russlands und Polens auch solche, die die Ukraine, Litauen und (zum ersten Mal in dieser Dimension) auch Weißrussland betrafen.

Aufgrund der unlösbaren territorialen Probleme, die die friedliche Koexistenz der künftigen nationalen Staaten in Osteuropa verhinderten, haben die Schweizer die Idee eines Bundesstates Polen unterstützt. Von Frühling bis Herbst 1918 erschienen in den Zeitungen zahlreiche Artikel, die auf diese Lösung der nationalen Fragen in Osteuropa hinwiesen. Wir finden sie vor allem in der Presse der romanischen Schweiz, ganz besonders in den Zeitungen von Lausanne und Genf.

Die Polemik, die auf der Grundlage dieser Artikel ausgelöst wurde, war trilateral. Die Schweizer konstatierten degoutiert die Sturheit der Ukrainer und der Litauer. Man schrieb, dass niemand sie zwingen will, eine Föderation mit den Polen zu bilden, und die Idee nur eine der Möglichkeiten bildet. Die Geschichte sollte zeigen (und hat das auch wirklich getan), dass die antipolnische Politik der beiden Nationen mit sich nichts Gutes bringen wird. Es erschien das Problem der weißrussischen Nationalität, deren Existenz in dieser Zeit nahezu wie eine Entdeckung anmutete. Das Verhältnis der

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

Weißrussen zum Problem war eher nicht bekannt. Man schrieb also über die ethnische und sprachliche Nähe der Krywicze.[1] (Lituanie, Ukraine et Pologne*, Gazette de Lausanne*, 16 I 1918, S. 1–2). Ein potentieller Anschluss des westlichen Weißrussland an Polen wäre also ein Nagel zum Sarg des litauisch-ukrainischen Staates. Man betonte, dass das Verhältnis der Weißrussen zu den Litauern nicht auf Sympathien beruht und dass sie, wenn man ihre Aspirationen übergehen wird, im künftigen litauisch-ukrainischen Staat eine zersetzende, zentrifugale Kraft bilden werden. (Bulletin. La Pologne et la Lituanie*, Journal de Genève*, 22 VIII 1918, S. 1). Man negierte den angeblichen polnischen Annexionismus, den man mit Stimmen der polnischen politischen Klasse (Kucharzewski) belegen wollte. Geschrieben wurde über die wirtschaftliche Kraft des riesigen Staates, der sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstrecken würde.

Die polnischen Berichte, die man publizierte, bestätigten indessen die schweizerischen Urteile. Bereits im Januar erfuhr der Leser über die Haltung der polnischen demokratischen Parteien zur litauischen Frage. Wie die Pariser „Polonia" meldete, veröffentlichte ein Block dieser Parteien[2] in dieser Frage eine Sonderverlautbarung, in der die Rede davon war, dass über die Zugehörigkeit der strittigen Territorien ein gemeinsamer Ausschuss der polnischen und litauischen Konstituante unter der Berücksichtigung der Stimmen der Bevölkerung entscheiden wird. Die Unterzeichner dieser Erklärung hielten zwar eine Verbindung Litauens mit Polen für die glücklichste Lösung, hatten aber keinesfalls vor, die Litauer vor ein Diktat zu stellen. (La Pologne et la Lituanie*, Gazette de Lausanne*, 16 I 1918, S. 2). Manchmal publizierte man auch Stimmen, die die polnisch-litauische Verständigung negierten. Anfang Februar erschien im „Courrier de Genève" die Wiedergabe eines Artikels aus der polnischen Zeitung „Czas". Der Verfasser Alfons Parczewski, Professor der Universität Warschau, schrieb über den urpolnischen Charakter der Stadt Wilna. (Le caractère polonais de Wilno, *Courrier de Genève*, 1 II 1918, S. 1). Der Leser erfuhr aus dem Beitrag, dass es unter den 138 Tsd. Einwohnern der Stadt 74 Tsd. Polen und lediglich 2900 Litauer gab. Ähnlich gestalteten sich die Proportionen im Bezirk Wilna, wo 56 Tsd. Polen und lediglich 1700 Litauer lebten. Der Beitrag präsentierte ebenfalls die historischen Verbindungen der Stadt mit Polen und ihre Verdienste um die polnische Kultur und Unabhängigkeit, gedacht wurde der Rolle von Kościuszko und Mickiewicz. Es erschienen auch Berichte, die mehr mit der Gegenwart verbunden waren. Namentlich informierte man über die Proteste der Polen gegen die deutschen Versuche, die litauischen Territorien aufzuteilen. Eine besondere Adresse in dieser Frage richteten an von Kühlmann die polnischen politischen Parteien in Litauen, die eine Anerkennung des Rechts der Völker auf die Selbstbestimmung forderten. (Polonais de Lituanie, *Courrier de Genève*, 1 II 1918, S. 1).

[1] Mit diesem Namen bezeichnete man manchmal die Weißrussen, die ihre Besonderheit gegenüber den Russen und den Ukrainern behaupteten.

[2] Anghörige der sozialistischen Partei, der Volkspartei und der patriotischen Gruppierungen.

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

Die meisten litauischen Stimmen waren unversöhnlich. Fast ununterbrochen schrieb man über die polnischen Ansprüche, die historischen Rechte der Litauer auf Wilna und ähnliche Probleme. Wie der „Journal de Genève" erwähnte, kamen derartige Urteile sogar von den litauischen Abgeordneten zum preußischen Landtag, so in den Auftritten von Vilius Gaigalaitis vel. Wilhelm Gaigalat. (La question polonaise au Landtag prussien, *Journal de Genève,* 8 III 1918, S. 4). Auch die Litauer, die als gemäßigt galten, lehnten die Vision eines polnisch-litauischen Staates ab. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht ein Artikel des bekannten litauischen Schriftstellers A. Viscont, der im März in einer anderen Genfer Zeitung erschien. (Les peuples de l'ancienne Pologne-Lituanie, *Courrier de Genève*, 30 III 1918, S. 5). Er schrieb, dass unter allen Völkern, die einst auf dem Territorium der polnischen Adelsrepublik gelebt hatten, nur die Polen sich von der Vision eines riesigen Staates nicht getrennt haben. Im Rahmen eines solchen Staates würden sie natürlich über alle anderen Völker dominieren. Der Schriftsteller tröstete sich aber damit, dass derartige Ansichten nur eine Minderheit der Polen vertritt. Er berief sich auf Erklärungen der Warschauer Politiker, sogar auf die Aussagen der in Litauen lebenden Polen, und behauptete, dass die Idee einer vollen Unabhängigkeit Litauens allgemeine Akzeptanz findet. Er kritisierte die Beschlüsse von Brest-Litowsk über die territoriale Einteilung, die die Ukrainer begünstigten, und setzte ihnen das Postulat entgegen, wonach die Fragen der Grenzen direkt durch die interessierten Völker geregelt werden sollten, woraus eine Garantie der Stabilität dieses Teils von Europa resultieren sollte. Bei der Hinwendung an die schweizerische öffentliche Meinung rechnete Viscont auf ihre Neutralität. Er postulierte die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms oder eines gemeinsamen Standpunktes der Polen, Litauer, aber auch der Weißrussen und der Ukrainer. Im Namen der ukrainischen Kreise in Genf ergriff das Wort W. Stepankowski, Direktor des ukrainischen Büros. Er äußerte seine Bedenken darüber, ob die polnischen Proteste gegen die territorialen Beschlüsse von Brest-Litowsk begründet sind. (Ukraine et Pologne*, Gazette de Lausanne*, 26 II 1918, S. 1–2). In die Schweiz gelangten ebenfalls Gerüchte über direkte litauisch-deutsche Verhandlungen, was zu einem gewissen Informationschaos führte, infolge dessen man immer häufiger irrtümliche Angaben über die Absender und Empfänger von Telegramen machte. (La Pologne. Une mise au point, *Gazette de Lausanne*, 4 III 1918, S. 2). Dieses Kreuzfeuer von Argumenten und Meldungen führte zu einer Situation, in der die Schweizer nur geringe Chancen hatten, über die Richtigkeit der Argumente der einzelnen Parteien objektiv zu urteilen. Manchmal appellierte man an die Parteien um Mäßigung oder man fühlte sich nicht verpflichtet, die Verantwortung zu übernehmen bzw. einen Standpunkt einzunehmen, indem man vorschützte, dass man ja ein neutrales Land sei, oder eine Berufung gemeinsamer Kommissionen anriet. (Ukraine et Pologne, *Gazette de Lausanne*, 26 II 1918, S. 1). Nicht selten präsentierte man Vorschläge eigener Lösungen.

Manchmal erschienen Theorien, die Variationen aller bisherigen Konzeptionen waren, die man um neue Elemente bereicherte. Sie stützten sich auf die Idee des Föderalismus, die nach W. Martin die einzig gute Lösung war. Er wies auf die Geschichte

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

des Balkans und die gewaltigen politisch-nationalen Probleme hin, die eine Folge der Beschlüsse des Berliner Kongresses von 1878 waren. Er empfahl aus der Geschichte zu lernen und ähnliche Fehler an der Ostsee zu vermeiden. (Bulletin. Les Balkans du Nord, *Journal de Genève*, 5 II 1918, S. 1). Eine Standardlösung war aber die Konzeption, die über zwei souveräne Länder – Polen und Litauen – sprach.[3] Danach sollte Polen ein monolithischer, nationaler Staat sein, der eine eigene Innenpolitik führte und nur auf seine Interessen bedacht war. Mit anderen Worten sollte es (nach der Sicht von Lausanne) ein Frankreich oder (nach der Sicht von Bern) ein Deutschland sein. Litauen sollte wiederum quasi eine Ostschweiz werden. Die in diesem Land lebenden Polen, Litauer, Ukrainer, Weißrussen und kleinere Minderheiten sollten die Möglichkeit bekommen, ihre nationalen Eigenheiten frei zu entfalten. Der Umstand, dass das polnische Wilna die Hauptstadt sein wird, würde die Litauer vielleicht ein wenig irritieren, so wie es für die romanischen Schweizer kein Grund zur Begeisterung war, dass die Hauptstadt der Eidgenossenschaft Bern heißt. In der Vergangenheit herrschte Bern über Lausanne, konkret: über die Waadt, die bis 1803 nicht einmal den Status eines Kantons genoss. Das Ende der Berner Dominanz setzte erst die „Befreiung" durch die Franzosen. Sie erfolgte im Jahr 1798 ungefähr nach denselben Grundsätzen, wie die „Befreiung" von Litauen und von der Ukraine durch Deutschland nach 1915. Nach einer kurzlebigen „Freiheit" der Helvetischen Republik und nach der Mediationszeit wurde das Problem auf dem Wiener Kongress befriedet. Auch im Falle Mitteleuropas sollte die litauische Frage nach einer kurzen Periode der „Freiheit" durch den künftigen Friedenskongress geregelt werden. Manchmal verwendete man auch weiter reichende Vergleiche. Die Christianisierung Litauens erfolgte durch die Union mit Polen, die Reformation kam nach Lausanne aus Bern. Nicht alle französischen Territorien wurden nach 1803 aus dem Kanton Bern ausgesondert, es wird also auch nichts Schlimmes geschehen, wenn ein Teil litauischer Territorien Bestandteil des polnischen Staates bleibt. Es ist kaum vorstellbar, dass die Grenzen zwischen den Kantonen konsequent entlang der ethnischen Grenzen verlaufen, so wie kaum denkbar ist, dass jemand tatsächliche ethnische Grenzen innerhalb Litauens zu markieren vermöchte. Eine solche Betrachtungsweise des Problems war für den schweizerischen Leser etwas ganz Offensichtliches und Logisches, manchmal fiel sogar die Frage, worin das Problem eigentlich besteht? Es bestand grundsätzlich darin, dass die Polen in Litauen sich als Polen empfanden und die romanischen Schweizer sich nur in Ausnahmefällen zur nationalen Gemeinschaft der Franzosen bekannten. Noch gebrechlicher war dieser Vergleich in Bezug auf die alemannische Schweiz, deren Bevölkerung mit Empörung reagierte, wenn man sie mit den Deutschen gleichzusetzen versuchte. Derartige Fragen waren aber kein Gegenstand der Erörterungen.

Die Folge dieser Diskussion war die Idee der Berufung eines gemeinsamen Komitees der Exilkreise. Ihre Mitglieder wären Polen, Ukrainer, Weißrussen und Vertreter

[3] Diese Konzeption diskutierte man noch im Herbst 1918. Pologne et Lituanie, *Courrier de Genève*, 24 X 1918, S. 1.

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

der baltischen Völker.[4] Sie erwachte in Genf auf Initiative des durch seine Freundschaft zu Polen bekannten E. Privat und war auch A. Viscont nicht fremd. Die Presse informierte, dass das organisatorische Treffen am Sonntag, dem 12. Mai 1918 stattfand. Teilnehmer waren 15 Personen, unter ihnen auch Schweizer. Anwesend waren u.a. der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Genf Paul Moriaud und – selbstverständlich – Viscont, der aus Freiburg kam. Man kam zum Schluss, dass die beste Form der Integration wissenschaftlich-kulturelle Aktivität sein wird. Ihr Ziel sollte die Förderung der Souveränität der Völker sein, die zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer leben. Man hatte vor, die gegenseitigen Relationen dieser Völker zu untersuchen und die öffentliche Meinung des Westens über die komplizierte nationale Problematik dieser Territorien aufzuklären. Die Mitglieder des Komitees sollten vor allem Kulturschaffende, Historiker und Linguisten sein. Man machte kein Geheimnis daraus, dass die neue Organisation auch einen politischen Charakter hat. Sie lehnte jede fremde Intervention ab und förderte solche Relationen zwischen den interessierten Völkern, die sich auf den in den Punkten von Wilson ausgedrückten Grundsatz der Souveränität stützten. Das einzige fremde Element, das die Propagandaaktivitäten koordinierte, sollte das für die Eintracht zwischen den Völkern wirkende „schweizerische Patronat" sein. Beim Genfer Treffen berief man daher einen gemischten Ausschuss, der das Statut erarbeiten und den Gründungskongress der neuen Organisation (mit größerer Zahl der Teilnehmer) einberufen sollte. Man gab die Namen von Personen bekannt, die die Initiative durch ihre Telegramme unterstützen: Präsident des schweizerischen Komitees für die Rechte der Völker René Claparède (gleichzeitig Vizepräsident des Internationalen Komitees für die Unabhängigkeit Polens) und die Letten: Jānis Pliekšāns vel. Rainis, Austra Ossolin und A. Leepin. (L'avenir de Litauanie, *Courrier de Genève*, 16 V 1918, S. 2).

Die Initiative zeitigte, wie es scheint, einen begrenzten Erfolg. Schwierig schien vor allem die polnisch-ukrainische Aussöhnung. Die Ursache waren nicht nur die Beschlüsse des Friedensvertrags von Brest-Litowsk, sondern auch die damals in die Schweiz gelangenden Informationen über die Morde an den polnischen Gutsbesitzern in der Ukraine. (La tragédie des Polonais, *Tribune de Genève*, 4 V 1918, S. 3). Kein gutes Verhältnis verband auch die Polen und die Litauer, dieses war aber nicht so konfliktreich. In den folgenden drei Monaten kam es zu keinen leidenschaftlichen Polemiken zwischen den Parteien, es erschienen sogar gewisse positive Akzente. Sehr überraschend war die Information in der Genfer „Polonia", dass das litauische Nationalkomitee Taryba auf die Ansprüche auf die Region Suwałki verzichtete und sie als polnisches Territorium anerkannte. (La „Taryba" lithuanienne renonce au territoire polonais, *Gazette de Lausanne*, 21 V 1918, S. 4). Gleichzeitig publizierte die Presse die Proteste der Polen gegen die Trennung der Region Suwałki vom Königreich und ihre

[4] Frühere Initiativen dieser Art sind gescheitert. Der Kongress der durch Russland unterdrückten Völker in Lausanne zeigte namentlich, dass es unüberwindliche Probleme gibt, die u.a. mit den Polen zusammenhängen. Cf. Śladkowski, 1977, S. 339–349.

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

Verbindung mit den Territorien des ethnischen Litauen im Rahmen des im Entstehen begriffen Verwaltungsbezirks Ober-Ost. (Le pays de Souvalki, *Tribune de Genève,* 18 VII 1918, S. 3). Es war aber eine deutsche Maßnahme, mit der sich die Litauer nicht identifizierten. Nach dem Grund der Aufwärmung des litauisch-polnischen Verhältnisses soll man wohl woanders suchen: sie resultierte aus der damals beobachteten Änderung der Politik Deutschlands gegenüber Litauen. Ihr Auslöser waren eigenwillige Schritte des litauischen Nationalkomitees. Einen besonders starken Widerhall fand in Deutschland die Berufung des Fürsten Wilhelm Karl von Urach auf den litauischen Thron. Wie der „Journal de Genève" mitteilte, geriet man in Berlin in Wut. (Bulletin. La Pologne et la Lituanie*, Journal de Genève*, 22 VIII 1918, S. 1). Die Berliner Presse entfachte eine antilitauische Kampagne, entsprechende administrative Maßnahmen ergriffen auch die Besatzungsbehörden in Litauen. Das Recht auf das litauische Bildungswesen erklärte man für ungültig, mit Methoden, die in Polen erprobt worden waren, begann man erneut die Bevölkerung zu verfolgen. Auch die litauische öffentliche Meinung blieb nicht lange schuldig und entfesselte eine antideutsche Kampagne. Eben in ihrem Rahmen suchte man nach einer Verständigung mit den Polen.

Die Eintracht regierte nicht sehr lang, denn bald begannen die Deutschen die Polen mit der Vision zu täuschen, in ihren künftigen Staat die litauischen Territorien einzuschließen. Aus Genf gelangten indessen Informationen, wonach Radziwiłł und Ronikier in Spa versichert wurden, dass Deutschland nicht mehr auf die ukrainische Karte setzen und zur „propolnischen" Konzeption zurückkehren wird. Der Hauptunterhändler Paul von Hintze soll den Polen eine polnisch-deutsche Allianz vorgeschlagen haben, deren Preis der Verzicht auf die Idee der Verbindung Polens mit Galizien wäre. Im Lichte dieser Konzeption sollten die Polen eine Art Protektorat über einen Teil der litauischen, weißrussischen und ukrainischen Gebiete erhalten. Die Schweizer wiesen aber darauf hin, dass dieser scheinbare Gewinn in sich eine tiefe Gefahr barg. Man vermutete, dass Deutschlands Hauptziel eine antipolnische Annäherung der Politiker der erwähnten Völker ist, die den Wert der erhaltenen „Konzessionen" ins Gegenteil verkehren würde. (Une coalition antipolonaise, *Gazette de Lausanne*, 3 IX 1918, S. 2).

Der polnisch-litauische Konflikt erwachte daher in der schweizerischen Presse im September aufs Neue, diesmal war er noch radikaler als im Frühjahr. Seine Opfer wurden jetzt ansonsten die Schweizer, die allzu stark zur Wahrung der politischen Korrektheit neigten bzw. nicht ganz durchdachte Formulierungen verwendeten. Erwähnen soll man an dieser Stelle die Angriffe der Polen auf J. E. David, der die ganze Diskussion verursachte. In einem Ende August veröffentlichten Artikel warf er den Polen einen „unversöhnlichen Imperialismus" gegenüber Litauen und Ostgalizien vor. Ihre Empörung über derartige Zumutungen drückten u.a. S. Bartoszewicz und K. M. Morawski aus dem Lausanner Zentrum der nationaldemokratischen Emigration aus. (Lituaniens et Polonais*, Gazette de Lausanne*, 4 IX 1918, S. 1–2; Pologne et Lituanie*, Gazette de Lausanne*, 6 IX 1918, S. 1). Die „Gazette de Lausanne" publizierte gleichzeitig wortwörtlich die Informationen aus der Pariser Zeitung „Le Temps" darüber, dass die Deutschen Verhandlungen mit allen drei Parteien aufgenommen haben, um sie

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

untereinander zu entzweien. Berlin kehrte also zu einer Politik zurück, die es bereits seit längerer Zeit praktizierte. Es schrieb darüber ziemlich eingehend der „Journal de Genève“ (Bulletin. Les combinations orientales de l'Allemagne, *Journal de Genève*, 8 XII 1917, S. 1).[5] Man erinnerte an die Mission von Maciej Radziwiłł und Adam Ronikier in Berlin, informierte über die Verhandlungen des litauischen Nationalrates in Berlin mit dem neuen Staatssekretär im Außenministerium Admiral Paul von Hintz, deren Ergebnis eine Denkschrift an Hertling war. Auch in diesen Beiträgen bediente man sich der Begriffe des polnischen Revisionismus bzw. Annexionismus gegenüber der Landschaft Chełm oder der Provinz Galizien. (Une coalition antipolonaise, *Gazette de Lausanne*, 3 IX 1918, S. 2). Erneut brachen Diskussionen über die Freiwilligkeit der polnisch-litauischen Verbindung im 16. Jh., gleiche Behandlung der Litauer, die polnische Politik in Galizien etc. aus.

Das Problem der gegenseitigen Relationen der Völker auf den östlichen Gebieten der polnischen Adelsrepublik und die Fragen ihrer Zukunft beschäftigten also ziemlich lebhaft die Publizistik am Genfer See und dieser Zustand dauerte mit gewissen Unterbrechungen bis zum Ende des Krieges. Noch Ende Oktober diskutierte man die Anerkennung des Rechts der brüderlichen Völker durch die Polen. (Bulletin. La restauration polonaise, *Journal de Genève*, 18 X 1918, zweite Ausgabe, S. 1). Es kam in diesem Punkt trotz pathetischer Erklärungen über die „gegenseitige Anerkennung der Rechte“ zu keiner sichtbaren Verständigung. (cf. J. Chlebowczyk, *Między dyktatem, realiami a prawem do samostanowienia. Prawo do samookreślenia i problem granic we wschodniej Europie Środkowej w pierwszej wojnie światowej i po jej zakończeniu,* Warszawa 1988).

Aus dem Polnischen übertragen von
Wieńczysław Niemirowski

Bibliografia

Źródła

Bulletin. Les Balkans du Nord, Journal de Genève, 5 II 1918.
Bulletin. La Pologne et la Lituanie, Journal de Genève, 22 VIII 1918.
Bulletin. La restauration polonaise,Journal de Genève, 18 X 1918.
Bulletin. Les combinations orientales de l'Allemagne, Journal de Genève, 8 XII 1917.
La paix de Brest et la Pologne, Journal de Genève, 17 II 1918.
La Pologne et la Lituanie, Gazette de Lausanne, 16 I 1918.

[5] Der Verfasser dieses Artikels ist W. Martin. Er beschreibt die durch Berlin unternommenen Versuche, Konflikte zwischen den Kurländern und den Litauern, den Litauern und den Polen, den Polen und den Ukrainern und Österreichern und sogar zwischen den Ungarn und den Rumänen zu säen. All das tat es um der Realisierung der eigenen Ziele in Osteuropa (unter Übergehung von Österreich) willen. Ähnliche Bemerkungen enthält auch der Artikel: La paix de Brest et la Pologne, *Journal de Genève*, 17 II 1918, S. 2.

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

La Pologne. Une mise au point, Gazette de Lausanne, 4 III 1918.
La question polonaise au Landtag prussien, Journal de Genève, 8 III 1918.
La „Taryba" lithuanienne renonce au territoire polonais, Gazette de Lausanne, 21 V 1918.
La tragédie des Polonais, Tribune de Genève, 4 V 1918.
L'avenir de Litauanie, Courrier de Genève, 16 V 1918.
Le caractère polonais de Wilno, Courrier de Genève, 1 II 1918.
Le pays de Souvalki, Tribune de Genève, 18 VII 1918.
Les peuples de l'ancienne Pologne-Lituanie, Courrier de Genève, 30 III 1918.
Lituaniens et Polonais, Gazette de Lausanne, 4 IX 1918.
Lituanie, Ukraine et Pologne, Gazette de Lausanne, 16 I 1918.
Pologne et Lituanie, Courrier de Genève, 24 X 1918.
Pologne et Lituanie, Gazette de Lausanne, 6 IX 1918.
Polonais de Lituanie, Courrier de Genève, 1 II 1918.
Ukraine et Pologne, Gazette de Lausanne, 26 II 1918.
Une coalition antipolonaise, Gazette de Lausanne, 3 IX 1918.

Opracowania

Chlebowczyk, Józef. (1988). *Między dyktatem, realiami a prawem do samostanowienia. Prawo do samookreślenia i problem granic we wschodniej Europie Środkowej w pierwszej wojnie światowej i po jej zakończeniu*. Warszawa: PWN.

W. Śladkowski. (1977). Sprawa polska na kongresie narodowości w Lozannie (27–29.6.1916). W: Czubiński, Antoni (red.). *Polska, Niemcy, Europa. Studia z dziejów myśli politycznej i stosunków międzynarodowych* (s. 339–349). Poznań: Wydawnictwo Naukowe UAM.

Summary

The Peace Treaty of Brest on the Bug, signed on 3 March 1918, was an opportunity for the Helvetic press to discuss the political future of the nations of Eastern Europe. Particularly interesting was the issue of mutual relations between Poles, Lithuanians, Belarussians and Ukrainians. This subject was primarily discussed in the press of the French-speaking Switzerland, where the ideas of peaceful coexistence of nations were very popular.

Due to the lack of a possibility of non-conflicting ethnic boundaries between the nations concerned, it was postulated the establishment of a federation state. Such a state would eliminate potential national tensions thanks to its system similar to the Swiss one. The discussion about this subject, initiated by Helvetian journalists, provoked the heated polemics of the Polish, Lithuanian and Ukrainian *emigré* circles and showed that the idea of such a state was impossible. Such an assessment was influenced above all by historical events between the concerned nations, as well as the prevailing national ideology that was incompatible with Swiss solutions.

Key words: Swiss, press, federal state

Pobrane z czasopisma Studia Bia?orutenistyczne **http://bialorutenistyka.umcs.pl**
Data: 29/11/2026 13:23:22

Streszczenie

Podpisany 3 marca 1918 r. pokój w Brześciu nad Bugiem stał się dla helweckiej prasy okazją do rozpatrywania kwestii przyszłości politycznej narodów Europy Wschodniej. W szczególności interesujące wydawało się zagadnienie wzajemnych stosunków między Polakami, Litwinami, Białorusinami i Ukraińcami. Tematyka ta rozpatrywana była przede wszystkim w pismach Szwajcarii romańskiej, gdzie idee pokojowego współistnienia narodów cieszyły się popularnością.

W związku z brakiem możliwości bezkonfliktowego wyznaczenia granic etnicznych między zainteresowanymi narodami postulowano ustanowienie państwa federacyjnego, które miałoby kanalizować potencjalne napięcia przez ustrój podobny do szwajcarskiego. Dyskusja wokół tej tematyki, zapoczątkowana przez helweckich dziennikarzy, pociągnęła za sobą ożywioną polemikę kręgów emigracyjnych polskich, litewskich i ukraińskich i wykazała, że realizacja idei takiego państwa jest niemożliwa. Wynikało to nade wszystko z zaszłości historycznych pomiędzy narodami, jak też dominującej wówczas ideologii narodowej, która nie dawała się pogodzić z postulowanymi przez Szwajcarów rozwiązaniami.

Słowa kluczowe: Szwajcarzy, prasa, państwo federacyjne

Рэзюмэ

Мірны дагавор, падпісаны 3 сакавіка 1918 г. у Брэсце над Бугам стаў для швейцарскай прэсы нагодай для разваг над палітычнай будучыняй народаў Усходняй Еўропы. Цікавасць выклікалі ўзаемныя адносіны паміж палякамі, літоўцамі, беларусамі і ўкраінцамі. Гэтая тэма была асабліва частая ў французскай Швейцарыі, дзе ідэі мірнага суіснавання народаў лічыліся вельмі папулярнымі.

У сувязі з адсутнасцю магчымасці безканфліктнага вызначэння этнічных межаў паміж названымі народамі, прапаноўвалася федэратыўная дзяржава, якая б дазволіла ліквідаваць патэнцыяльнае напружанне праз свой дзяржаўны лад, на узор швейцарскага. Дыскусіі на гэтую тэму, якую пачалі швейцарскія журналісты, разгарнулі гарачую палеміку польскіх, літоўскіх і ўкраінскіх эміграцыйных слаёў і паказалі, што ідэя федэрацыі ва Усходняй Еўропе не рэальная. Такая ацэнка вынікала з гістарычнага вопыту асобных народаў, а таксама з нацыянальнай ідэалогіі, якая ў той час пераважала і якая не дазваляла пагадзіцца з прапанаванымі швейцарамі рашэннямі.

Ключавыя словы: швейцарцы, прэса, федэратыўная дзяржава